

**Herausgeberin:**

Die Präsidentin der Universität Passau  
 Innstraße 41, 94032 Passau  
 Tel. 0851/509-1001  
 Fax 0851/509-1002

ISSN: 1614-2985

**Koordination:**

Dr. Christine Egger  
 Büro der Präsidentin

**Redaktionsleitung:**

Katrina Jordan (kj)  
 Abteilung Kommunikation  
 und Marketing

**Redaktion:**

Laura Caspari (lc),  
 Kathrin Haimerl (kh),  
 Felicitas Köck (fk),  
 Christopher Schmitt (cs),  
 Barbara Weinert (bw)

**Mitarbeit:**

Ulrike Holzapfel, Patricia Mindl

**Fotos:**

Valentin Brandes, Florian Weichselbaumer,  
 Colourbox, iStockphoto, Unsplash

**Kontakt:**

Universität Passau  
 Abteilung Kommunikation  
 und Marketing  
 Innstraße 41, 94032 Passau  
 Tel. 0851/509-1439, Fax -1433  
 E-Mail: kommunikation@uni-passau.de

**Gestaltung:**

Werbeagentur Hauer-Heinrich GmbH  
 Tel. 0851/32030

**Logo, Corporate Design Universität Passau:**

credo concept.communication

**Druck:**

PASSAVIA Druckservice GmbH & Co. KG  
 Passau

**Auflage:**

3.500

**Erscheinungsweise:**

2 x jährlich

Namentlich gekennzeichnete Artikel  
 geben nicht unbedingt die Meinung der  
 Redaktion wieder. Nachdruck (nur voll-  
 ständig mit Quellenangaben und Beleg-  
 exemplar) ist nach Absprache möglich.

> TITEL

„Wir brauchen Europa“ 6  
 Warum Europa für alle Bereiche der Universität  
 wichtiger ist denn je

Starkes Netzwerk 9  
 Die Universität und ihre Partnerinstitutionen

Arbeiten am Tor zur Welt 10  
 Die Abteilung Internationales und  
 Studierendenservice im Profil

Europa ganz nah 13  
 In zahlreichen studentischen Gruppen ist Europa  
 Programm

„Ich fühle mich hier richtig“ 14  
 DAAD-Preisträgerin Maria Mikhaylova im Gespräch

> FORSCHUNG & LEHRE

„Eine spezifisch europäische Idee von Gerechtigkeit“ 16  
 Das Projekt ReConFort schreibt Europas Verfassungs-  
 geschichte neu

Was uns Europas Städte lehren 18  
 Ein geographischer Blick auf sieben Metropolen

Wie Facebook ohne Facebook 20  
 Das Projekt HELIOS revolutioniert  
 die sozialen Netzwerke

„Wir haben enorm profitiert“ 21  
 Das Erfolgsprogramm Jean-Monnet gibt es  
 seit 30 Jahren

Etikette und Konflikt 22  
 Ein Passauer Historiker untersucht Anstandsbücher  
 auf ihren politischen Gehalt

Ein Koffer voller Informatik 23  
 Ein Modellprojekt für die Grenzregion führt  
 Grundschulkindern an die Informatik heran

Eine Wissenschaft für sich 24  
 Die Abteilung Forschungsförderung bereitet  
 den Weg zu den Drittmittelprogrammen der EU

5 Thesen für Europa 30  
 Ein Plädoyer von Prof. Dr. Martin Selmayr,  
 Generalsekretär der EU-Kommission

> RUBRIKEN

Editorial 4  
 Aus der Universität 26  
 Menschen 28  
 Netzwerke 33  
 Veranstaltungen 35



Seite 16



Seite 18



Seite 20



Seite 30



*Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Migrationskrise, Rechtsstaatskrise, Ost-West-Konflikt, Nord-Süd-Konflikt – und dann auch noch der Brexit: Es gibt viele gute Gründe, über den Zustand der Europäischen Union verunsichert zu sein. Doch: Es gibt noch bessere Gründe, jetzt erst recht an Europa zu glauben. Prof. Dr. Martin Selmayr, Generalsekretär der Europäischen Kommission und Direktor am Centrum für Europarecht der Universität Passau, hat sie für uns aufgeschrieben. Er sagt: „Europa ist ein großes Wunder.“*

# 5 Thesen für Europa

## *1. Europa steht heute wirtschaftlich so gut da wie nie zuvor.*

Die europäische Wirtschaft wächst im siebten Jahr in Folge. Wir haben derzeit 240 Millionen Menschen in Arbeit auf unserem Kontinent – eine Beschäftigungsquote von 73,5 Prozent, das ist mehr als in jeder anderen entwickelten Nation auf der Welt. Die Arbeitslosenquote liegt mit 6,3 Prozent auf dem niedrigsten Stand in der Geschichte Europas. Die Inflationsrate im Euro-Raum liegt im Zehnjahresdurchschnitt bei 1,7 Prozent, das hat die D-Mark nie geschafft. Die Banken sind sicherer geworden und verfügen heute über doppelt so viele Rücklagen wie noch vor der Finanzkrise. Auch die Staatsschulden und die Neuverschuldung sind in Europa im Vergleich zu anderen Kontinenten einigermaßen unter Kontrolle.

## *2. Europa findet schrittweise Lösungen auf die großen aktuellen Zukunftsfragen.*

Wie überall auf der Welt müssen auch wir in Europa ein paar dicke Bretter bohren, um Antworten auf große aktuelle Fragen zu finden – aber es lohnt sich, und die EU kann hier einige Fortschritte verzeichnen. So gab es zeitweise große Zweifel, ob sich der Euro stabil entwickeln wird, ob unsere Währungsgemeinschaft Krisen wie die in Griechenland überstehen kann. Jetzt ist klar: Europa hat eine stabile Währung, einen gemeinsamen Währungsfonds und eine Bankenaufsicht, die uns schützt – sogar dann, wenn eine kleine Bank in Griechenland Probleme hat. Wir haben viel über die Flüchtlingskrise gehört, die gerade hier in Passau unmittelbar zu erleben war. Es werden immer Menschen nach Europa kommen, ganz einfach, weil Europa der reichste und stabilste Kontinent ist. 2015 kamen auf einmal 1,5 Millionen Flüchtlinge nach Europa. Das haben wir nicht in jeder Hinsicht perfekt bewältigt – aber es ist gelungen, diese Bewegung durch Abkommen mit Drittstaaten und Maßnahmen zu regeln und zu organisieren. Die Konsequenz daraus ist, dass heute nur noch etwa 150 000 Flüchtlinge jährlich nach Europa kommen, dass wir den Grenz- und Küstenschutz verbessert haben und zumindest ein Teil der Mitgliedstaaten Solidarität übt. Damit ist die Flüchtlingsfrage nicht restlos gelöst, aber Europa hat hier doch einen großen Schritt nach vorn gemacht.

## *3. Ein geeintes Europa hat das Potenzial zur Weltmacht.*

Das meine ich nicht in dem Sinne, dass Europa die Welt beherrschen soll. Ich meine damit, dass Europa eine Friedensmacht sein kann, die weltweit Standards setzt und Stabilität in die Welt tragen kann. Das ist ganz besonders der Fall im Datenschutz, aber auch im Klimaschutz: Ohne Europa gäbe es das Pariser Abkommen von 2015 zur Reduzierung der Erderwärmung nicht. Wir sind uns wahrscheinlich alle darüber einig, dass man noch viel mehr tun muss, aber wenn es dieses Abkommen nicht gäbe, würde überhaupt nichts getan. Es hat langfristig zu einem Prozess geführt, in dem jeder rechtfertigen muss, warum er nicht mehr zur Bekämpfung des Klimawandels tut. Auch wenn Präsident Trump sich davon verabschiedet hat: Die Tatsache, dass Europa daran festgehalten hat, veranlasst auch die übrige Welt dazu, am Tisch zu bleiben. Ein anderes Thema, bei dem Europa Gewicht gezeigt hat, ist das völkerrechtswidrige Vorgehen Russlands in der Krim. Europa hat gemeinsam beschlossen, Sanktionen zu verhängen. Diese müssen einstimmig von allen Mitgliedstaaten beschlossen und alle sechs Monate erneuert werden. Das gelingt alle sechs Monate immer wieder, und das obwohl einzelne Mitgliedstaaten selbst unter den Sanktionen wirtschaftlich leiden, etwa Finnland. Sie sehen: Es gibt einen starken Grundkonsens in der EU über die Bewertung des Völkerrechts und über Solidarität.

## *4. Europa ist bereits eine Weltmacht im Handel.*

Europa wird von vielen anderen Handelsmächten als starker und verlässlicher Partner für gemeinsame Abkommen angesehen – seit in den USA Präsident Trump übernommen hat, sogar noch mehr als zuvor. So ist seit Februar ein neues Abkommen zwischen der EU und Japan in Kraft, das sehr hohe Standards setzt und ein Drittel der Weltwirtschaft abdeckt. Es hat nicht nur auf beiden Seiten einige hunderttausend Arbeitsplätze geschaffen, es schickt – wichtiger noch – eine Botschaft an all diejenigen, die glauben, dass die Lösung im Unilateralismus liegt und wir international nicht mehr zusammenarbeiten können. Als Präsident Trump Europa mit Strafzöllen drohte, hat Europa reagiert und sich entsprechend gewehrt – mit dem Ergebnis, dass Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker schließlich zu europäisch-amerikanischen Handelsgesprächen ins Weiße Haus eingeladen wurde. Das war ein Moment der europäischen Stärke und Einigkeit, der die Gefahr eines Handelskrieges mit den USA bislang ausräumen konnte.

### *5. Der Brexit hat Europa nicht schwächer, sondern stärker gemacht.*

Nach dem Brexit-Referendum vom 23. Juni 2016 meinten viele von uns, den Anfang vom Ende der EU zu sehen. Es war mit Sicherheit einer der traurigsten Tage, den die EU und wir alle bisher erleben mussten. Auf den Schock folgte jedoch die Überraschung: Seit dem Votum in Großbritannien ist in den verbliebenen EU-Staaten die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zur Europäischen Union deutlich angestiegen: von durchschnittlich 60 auf 80 Prozent, in Deutschland sind es 81 Prozent. Interessant zu beobachten ist außerdem, dass die EU-27 seitdem ganz besonders geschlossen zusammenstehen, sich auf einen gemeinsamen Chef-Unterhändler und auf eine gemeinsame Position im Abkommen mit Großbritannien geeinigt haben.

Der Brexit zeigt uns auch in besonderem Maße, was die EU ausmacht. Die EU ist etwas anderes als etwa die frühere Sowjetunion: Die UdSSR konnte man nicht verlassen. Die EU kann man verlassen, sie ist eine Rechtsgemeinschaft, die auf Freiwilligkeit beruht. Wenn ein Mitgliedstaat austreten will, dann kann keine Instanz ihn zwingen zu bleiben. Wenn ein Mitgliedstaat seinen Beitrag zum EU-Haushalt nicht bezahlt, dann kann man diesen Staat in letzter Instanz nicht zum Zahlen zwingen. Wenn ein Mitglied ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes missachtet, dann kann man weitere rechtliche Schritte gegen diesen Staat einleiten – doch man kann ihn nicht in letzter Instanz zu einem bestimmten Verhalten zwingen. Die EU basiert darauf, dass wir uns alle freiwillig an das gemeinsam beschlossene Recht halten. Die EU kann nichts beschließen, was nicht auf den gemeinsamen Willen der Einzelstaaten zurückgeht. Und es gibt in der Geschichte der EU keinen Staat, der dieses Recht dauerhaft missachtet hätte. Ich würde sagen, das ist eine Stärke. Wir sind als Europäer zusammen, weil wir zusammen sein wollen. Und weil wir gemeinsam stärker sind als allein.

KJ / CS

## Rechtliche Expertise für den Grenzraum

*Das Centrum für Europarecht an der Universität Passau (CEP) hat sich zum Ziel gesetzt, europarechtliches Sachverständnis aus Wissenschaft und Praxis zusammenzuführen.*

„Das Europarecht kommt dann zur Anwendung, wenn eine Grenzüberschreitung stattfindet“, steckt der Wissenschaftliche Direktor des Centrums Prof. Dr. Michael Schweitzer den Arbeitsbereich der juristischen Institution ab. Während in staatsinternen Angelegenheiten das landesspezifische Recht gilt, wird das EU-Recht relevant, sobald die Landesgrenzen verlassen werden. „Gerade im Grenzgebiet bekommt man europarechtliche Fragen von Unternehmen, von Behörden und Einzelpersonen“, hebt Schweitzer die Besonderheit der Passauer Lage hervor. Zwischen Bayern und Österreich werden täglich die wachsende Bedeutung und das zunehmende Selbstverständnis grenzüberschreitender Beziehungen verdeutlicht.

Ursprünglich wurde das Centrum als privater Verein gegründet, erhielt im Jahr 2001 allerdings den Status eines An-Instituts an der Universität Passau. Dieser Status bietet den Vorteil, dass im CEP Mitarbeiter tätig sein dürfen, die nicht gleichzeitig an der Universität angestellt sind. „Es sind im Wesentlichen ehemalige Mitarbeiter des Lehrstuhls für Europarecht und sonstige eng mit dem Centrum verbundene Personen“, so Leiter Michael Schweitzer über die aktuell 20 Mitglieder, von denen die meisten aus der Praxis kommen. Sie forschen schwerpunktmäßig auf sechs Gebieten des Unionsrechts: Binnenmarktrecht, Wirtschafts- und Währungsunion, Kartellamt, Beihilfenrecht, Recht der öffentlichen Unternehmen und Außenwirtschaftsrecht mit Bezügen zur Welthandelsorganisation (WTO). Die juristischen Kompetenzen sind also breit gefächert und werden in Vorträgen, Crashkursen und Praxisseminaren weitergegeben. Das CEP bietet Seminare für berufstätige Juristen sowie Mitglieder anderer Berufsgruppen an, die sich im Alltag mit europarechtlich durchzogenen Rechtsmaterien auseinandersetzen müssen.

Eine Besonderheit des CEP stellt das Unionsbürgerzentrum dar, welches mit dem Ziel gegründet wurde, Einzelpersonen zu helfen, die im Alltag mit europarechtlichen Fragen konfrontiert werden. Wenn ein Unionsbürger in rechtlichen Schwierigkeiten steckt, erhält er nach einem Erstgespräch ein kurzes mündliches oder schriftliches Feedback und die Empfehlung, ob sich weitere juristische Schritte lohnen. Dabei handelt es sich größtenteils um kleinere Fälle, die bei Bedarf an Rechtsanwälte des CEPs oder außerhalb weitergegeben werden.

CS